

## **Lebensmittelskandale in Deutschland**

Eine Studie im Auftrage der  
Arbeitsgemeinschaft der  
Verbraucherverbände (AgV) e.V., Bonn

IFAV – Institut für angewandte  
Verbraucherforschung e.V., Köln

Juni 2000

## INHALT

1. Ausgangssituation und Untersuchungsziel
2. Arbeitsschritte und Fragestellungen
3. Lebensmittelskandale im Überblick
  - 3.1 „Chronologie der Lebensmittelskandale“
  - 3.2 Verbrauchertäuschung hat Methode
4. Skandale um Fertignahrung für Säuglinge und Kleinkinder
  - 4.1 Rückstandsmengen in Säuglingsnahrung
5. Die BSE-Krise und ihre Auswirkungen
  - 5.1 Chronologische Darstellung der wichtigsten Ereignisse
  - 5.2 Information der Verbraucher und politische Konsequenzen
  - 5.3 Empfehlungen an Verbraucher
6. Fleischskandale und Konsequenzen
  - 6.1 Politische Forderungen zum Schutz der Verbraucher
7. Dioxine in Lebensmitteln
8. Gesamtbetrachtung und Schlußfolgerungen
9. Literatur- und Quellenverzeichnis

Anhang: BSE – Aktuelle Entwicklung 2000

## 1. Ausgangssituation und Untersuchungsziel

Da das Thema Lebensmittel jeden Verbraucher betrifft, wird es in der Öffentlichkeit mit besonderem Interesse verfolgt. Man sollte daher erwarten, daß der Aufmerksamkeit und Sensibilität, die auf seiten der Verbraucher vorhanden ist, auf der Anbieterseite ebenfalls durch besondere Sorgfalt begegnet wird. Ob dies tatsächlich der Fall ist, scheint angesichts der zahlreichen Lebensmittelskandale, mit denen Verbraucher immer häufiger konfrontiert werden, zumindest äußerst fraglich. Für Außenstehende entsteht eher der Eindruck, daß aufgrund dieser ungünstigen Entwicklungen auf längere Sicht im Lebensmittelbereich anders als in anderen relevanten Konsumbereichen eher mit Qualitätseinbußen als mit Qualitätsverbesserungen zu rechnen ist. Das Mißtrauen gegenüber der Lebensmittelproduktion und dem Lebensmittelangebot scheint zuzunehmen. Lebensmittelskandale sind ein zentrales Thema des Konsumalltags, da jeder akut oder auf längere Sicht von den damit einher gehenden Negativentwicklungen betroffen ist. Es liegt somit im allgemeinen Interesse, möglichst viel über die Gründe für das Auftreten derartiger Skandale zu erfahren. Alle verantwortlichen Stellen sollten bestrebt sein, mögliche Schwachstellen, die Lebensmittelskandale auslösen können, zu erkennen und zu beheben. Vertrauen in das vorhandene Lebensmittelangebot ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Lebensqualität in unserer Gesellschaft.

Berichte über Lebensmittelskandale sind in vielen Publikationen zu finden. In der Regel beziehen sie sich jedoch auf aktuelle Probleme (BSE, Dioxin usw.) und legen weniger Wert auf die Darstellung möglicherweise bestehender Zusammenhänge und der daraus abzuleitenden übergeordneten Schlußfolgerungen.

## 2. Arbeitsschritte und Fragestellungen

Gegenstand dieser Untersuchung ist die systematische Darstellung der Lebensmittelskandale in Deutschland, die in den letzten zehn Jahren bekannt wurden. Wegen der Einbindung des deutschen Marktes in den europäischen Markt war es unumgänglich, auch solche Fälle einzubeziehen, die zwar nicht in Deutschland entstanden sind, jedoch nachhaltige Auswirkungen auf den deutschen Markt hatten.

Im Rahmen dieser Studie werden Ursachen, Zusammenhänge bewertet und Schlußfolgerungen aus Verbrauchersicht gezogen.

### ▪ Einzeldokumentation der Fälle

Die einzelnen Fälle bzw. Fallgruppen werden in Form einer „Chronologie der Lebensmittelskandale“ für die Zeitspanne 1989 – 1999 entsprechend dem vorhandenen Material und der nachfolgenden Fragestellungen in Tabellenform dargestellt:

- Welche Lebensmittelskandale haben stattgefunden?

- Wodurch wurden sie ausgelöst?
- Wie sind sie bekannt geworden? Wie und wann wurden die Verbraucher informiert (z.B. durch Rückholaktionen von Herstellern, Lebensmittelüberwachung, Ministerien etc.)?
- Welche Maßnahmen wurden eingeleitet? Welche Konsequenzen wurden später gezogen (von behördlicher Seite, von Verbraucherseite)?

In ähnlicher Weise werden die Ereignisse, Auswirkungen und politischen Konsequenzen der „**BSE-Krise**“ sowie des „**Dioxin-Skandals**“ ausgewertet und dargestellt.

#### ▪ **Gesamtbetrachtung**

- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede weisen die verschiedenen Fallbeispiele auf?
- Welche Defizite sind erkennbar, an denen Qualitätssicherungs- und Kontrollmaßnahmen ansetzen müssen?
- Fazit und Formulierung von Forderungen zu Lebensmittelsicherheit und zum Schutz des Verbrauchers, gerichtet an Produzenten, Exporteure, Politik, Behörden und Kontrollorgane.

#### ▪ **Vorgehensweise**

Ausgewertet wurden relevante Veröffentlichungen von Verbraucherorganisationen, Presse-mitteilungen (z.B. von Rundfunkanstalten) sowie Zeitschriften und Tageszeitungen aus dem Zeitraum von 1988 – 1999.

Aufgrund dieser Vorauswahl ist es nicht möglich, jeden einzelnen öffentlich gewordenen Skandal im Zusammenhang mit Lebensmitteln in den Übersichten zu berücksichtigen. Gleichwohl bieten sie in ihrer Gesamtheit einen Überblick über das breite Spektrum von Möglichkeiten zur Täuschung des Verbrauchers.

### **3. Lebensmittelskandale im Überblick**

#### **Überblick über die wichtigsten Lebensmittelskandale der letzten 10 Jahre**

| <b>Ab 1981</b> | <b>Anfänge BSE</b>                                    |
|----------------|---|
| 1987/88        | Nematoden in Seefisch (1)<br>Hormonskandale (Fleisch) |
| 1992           | Hormonverbot (Tierfutter) wird umgangen               |

|                   |   |
|-------------------|---|
|                   | Gepanschter „Prädikatswein“ mit Glykol  |
| 1993/94           | Fleischwaren neu verpackt<br>Falsche Herkunftsangaben bei Obst und Gemüse   |
| 1994              | <b>Fleischskandale:</b><br><ul style="list-style-type: none"> <li>- Schweinepest in Niedersachsen</li> <li>- Verdorbenes Fleisch aus Österreich</li> <li>- „Ekelfleisch“ in der Wurstfabrik</li> <li>- Maul- und Klauenseuche bei griechischen Fleischexporten</li> <li>- Nematoden in Fischstäbchen (2)</li> </ul> Europa liefert verseuchtes Milchpulver an Bangladesch<br>Spuren von Benzin oder Terpentin in Mineralwasser<br>Pestizide in hochwertigem Tee<br>Bleimennige in ungarischem Paprika<br>Erpressung von Handelsketten (1) |
| 1995              | Gefälschte Herkunft bei Hähnchen  |
| 1996              | Etikettenschwindel bei Wild<br>„Naturtrunk“ (Fruchtsaft) aus der Retorte<br>Schadstoffe in Eiern<br>Haltbarkeitsdaten bei Lebensmitteln überschritten   |
| 1994 - 97         | Säuglingsnahrung:<br><ul style="list-style-type: none"> <li>- Fungizide, Arsen, Pestizide</li> <li>- Weichmacher</li> </ul>   |
| 1997              | Erpressung von Handelsketten (2)<br>Nematoden in Fisch (3)<br>Amerikanische Walnüsse mit Methylbromid<br>Glykol in Wein (2)<br>Verunreinigte Coca-Cola (1)  |
| 1999              | Verunreinigte Coca-Cola (Belgien, grenzüberschreitend) (2)<br>Vergifteter Viktoriabarsch  |
| <b>1985- 1999</b> | <b>Bovine spongiforme Enzephalopathie – BSE</b><br><i>Die Diskussion über den Rinderwahnsinn und seine Folgen geht weiter!</i>  |
| <b>1999</b>       | <b>Dioxin in Lebensmitteln</b>  |

### 3.1 „Chronologie der Lebensmittelskandale“

| Lebensmittel-Skandale                                   | Wodurch wurden sie ausgelöst?   | Wie sind sie bekannt geworden?<br>Wie und wann wurden die Verbraucher informiert?  | Welche Maßnahmen wurden eingeleitet? Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?<br>1. von behördlicher Seite<br>2. von Verbraucherseite   |
|---|---|--|---|
| <b>1987/88</b><br><b>Nematoden in Seefisch (1)</b>      | Daß Nematoden in Seefischen vorkommen, ist schon seit langem bekannt. Die aktuelle Diskussion wurde ausgelöst durch das verstärkte Auftreten der gesundheitsgefährdenden Würmer in Fischen. | Das Problem der „Wurmlarven in Fisch“ bekam durch einen spektakulären Beitrag des Fernsehmagazins Monitor neue Brisanz. Verbraucherverbände, Stiftung Warentest und Ernährungsberatung informierten über Einkauf und unbedenkliche Zubereitung.  | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die EG-Kommission legte einen „Vorschlag für eine Verordnung des Rates über Gesundheitsschutzbestimmungen hinsichtlich Nematoden bei der Vermarktung von Fisch und Fischerzeugnissen“ vor, der bald in Kraft treten sollte.</li> <li>2. Die Verbraucherverbände bemängelten die unzureichende Kontrolle und forderten eine eigene EG-Kontrollinstanz mit weitgehenden Befugnissen vor Ort in jedem Mitgliedsland. Die Fischwirtschaft reagierte mit der Vorschrift, Fische vor dem Verkauf auszuweiden.</li> </ol>  |
| <b>1988</b><br><b>Hormonfleisch</b>                     | Der westfälische Kälberzüchter F. Hying mästete seine Kälber mit illegalen Wachstumsförderern wie Clenbuterol, Testosteron, Landrolondecanoat, Östradiolbenzoat.                            | Dem unerlaubten Doping mit Hormonen in großem Stil kamen behördliche Kontrolleure (Fleischbeschauer) auf die Spur. Einstichstellen und Veränderungen an den Genitalorganen wiesen auf entsprechende Vorbehandlungen mit sexualwirksamen Anabolika hin, die durch Laboranalysen bestätigt wurden. Über den Kälbermastskandal wurde nachhaltig in allen Medien berichtet. Die Presse veröffentlichte ausführliche, gut recherchierte Reportagen (z. B. „Die Zeit“ vom 19.8.88) | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Umgehend wurden 9000 Tiere notgeschlachtet. In Folge dieser Aktion wurde eine Reihe ähnlicher Fälle von den Behörden aufgedeckt. <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der Bundesrepublik gilt ein Hormonmastverbot schon seit 10 Jahren.</li> <li>• 1988 schränkte die EG den Einsatz natürlicher Hormone bei der Viehzucht weitgehend ein. Künstlich erzeugte Hormone wurden ganz verboten. Sie stehen in Verdacht, Krebs auszulösen oder die Tumorbildung zu beschleunigen.</li> <li>• Seit 1989 gilt ein Importverbot für Fleisch, das mit Wachstumshormonen gezüchtet wurde.</li> </ul> </li> <li>2. Die Verbraucher reduzierten ihren Kalbfleischkonsum von durchschnittlich 1,8 kg/Person in 1987 auf gut die Hälfte. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Immer mehr Verbraucher orientieren sich an Qualitäts- und Markenfleischprogrammen.</li> </ul> </li> </ol> |
| <b>1992</b><br><b>Hormonverbot wird häufig umgangen</b> | Durch Stichprobenkontrollen waren Hormone in Rindfleisch entdeckt worden.   | In Flandern hat eine Gruppe von 23 staatlichen veterinärmedizinischen Inspektoren, die die Einhaltung der EG-Richtlinien zu kontrollieren hatten, kollektiv gekündigt nach massiven, zum Teil gewalttätigen Einschüchterungsversuchen.   | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Einer Studie der EU-Kommission zufolge wurden trotz gemeinschaftsweit bestehenden Hormonverbots weiterhin wachstumsfördernde Stoffe wie Clenbuterol in der Tiermast in großem Umfang eingesetzt. Das EP will daher die illegale Verwendung möglichst schnell beenden und Lücken in den bestehenden Richtlinien geschlossen sehen. Die Mitgliedstaaten werden gefordert, ihre Kontrollen und Sanktionen zu verschärfen.</li> <li>2. Die Verbraucher reagieren mit Kaufzurückhaltung.</li> </ol>  |

| Lebensmittel-skandale   | Wodurch wurden sie ausgelöst?   | Wie sind sie bekannt geworden?<br>Wie und wann wurden die Verbraucher informiert?  | Welche Maßnahmen wurden eingeleitet? Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?<br>1. von behördlicher Seite<br>2. von Verbraucherseite  |
|---|---|--|--|
| <b>1992<br/>Gepanschter „Prädikatswein“ (1)</b>                 | Mit dem Verkauf von 490 000 Flaschen falsch deklariertem Wein haben ein Weinhändler und sein Kellermeister ca. 2 Mio. DM Schaden verursacht.  | Der Handel flog im Rahmen des österreichischen Glykolskandals auf. Chemiker entdeckten die Substanz in 73 Weinen einer Kellerei. Die Verschnitte wurden z. T. als „deutsche Prädikatsweine“ über Supermarkt-ketten vertrieben, obwohl sie „nicht verkehrsfähig“ waren.   |  |
| <b>1993<br/>Fleischwaren neu verpackt</b>                       | Im österreichischen Bundesland Tirol wurden Fleischwaren, deren Verfallsdatum überschritten war, einfach neu verpackt. Zum Teil wurde das Fleisch stark gewürzt und als Hackfleisch angeboten, um mögliche Verfärbungen zu vertuschen.  | Die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Innsbruck stellte fest, daß von mehreren hundert Proben aus den wichtigsten Lebensmittelmärkten rund ein Drittel verdorben war. Die beanstandeten Fleisch- und Wurstsorten seien nicht generell gesundheitsschädlich gewesen.  | Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf.  |
| <b>1993/94<br/>Falsche Herkunftsangaben bei Obst und Gemüse</b> | Die Herkunftsangabe ist bei fast allen frischen Obst- und Gemüsesorten gesetzlich vorgeschrieben. Käufer fragen aus ethischen, gesundheitlichen oder ökologischen Gründen gezielt nach der Lebensmittelherkunft: z.B. politische Situation im Herkunftsland, Verzicht auf Lebensmittelbestrahlung, kurze Transportwege, regionale Produkte usw. | Die VZ NRW wies seit Jahren beständig auf unkorrekte Herkunftsangaben bei Obst und Gemüse hin. Nachdem die Medien das Thema aufgegriffen hatten, wurden die unlauteren Machenschaften einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Genaue Zahlen vom Umweltministerium (MURL) veröffentlicht, lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Die Beanstandungsquote reichte im Einzelhandel und auf Wochenmärkten bis zu 100 %. | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. VZ und MURL forderten, Verbrauchertäuschung zu bestrafen durch <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bußgelder in abschreckender Höhe</li> <li>• Überprüfung, ob gegen die Händler ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet werden kann,</li> <li>• konsequente und kontinuierliche Kontrollen durch alle Landesbehörden</li> <li>• Präzisierung der Gesetze.</li> </ul> </li> <li>2. Für Verbraucher wurden Empfehlungen veröffentlicht.</li> </ol> |
| <b>1994<br/>Schweinepest (Niedersachsen)</b>                    | Der Schweinepest könnte durch Impfen der Tiere vorgebeugt werden. Doch die europäischen Schweinezüchter verzichten darauf, um sich nicht den Zugang zu den Absatzmärkten in den USA und Japan zu versperren.  | <i>(Keine weiteren Informationen)</i>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Um die Schweinepest in Niedersachsen einzudämmen ordnete die Kommission der EU am 23.3. an, daß kein Schwein Niedersachsen lebend verlassen darf.</li> <li>▪ Seit Verhängung der Quarantäne sind in infizierten Betrieben 200 000 Tiere getötet worden, sowie 560 000 Mastschweine und 110 000 Ferkel, die zwar gesund sind, aber im Sperrbezirk leben. Die EU kauft die Tiere auf und läßt sie beseitigen.</li> </ul>  |
| <b>1994<br/>Verdorbenes Fleisch (Österreich)</b>                | Untersuchungen der Arbeiterkammer Wien deckten gravierende Mängel im Einzelhandel auf. Geprüft wurden die genießbarkeit des Fleisches am Verkaufstag und die Zuverlässigkeit der Haltbarkeitsdauer.   | Bei Prüfungen durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt wurden in 31 Supermärkten und 36 Einzelhandelsbetrieben je 27% / 57% der Proben bei verpackter bzw. offener Ware beanstandet. 6% / 20% waren bereits am Verkaufstag verdorben. Am häufigsten waren Hühnerteile mit 92% zu beanstanden.  | Die Kammer fordert mehr Kontrollen sowie Haltbarkeitsdaten, die nicht unter der Voraussetzung optimaler aber unrealistischer Lagerbedingungen festgesetzt werden.  |
| <b>1994<br/>Ekelfleisch in der Wurstfabrik</b>                  | Sogenanntes „Stichfleisch“, das innerhalb der EU nicht als Lebensmittel vertrieben werden darf, sollte - als Zungenfleisch deklariert - zu Wurst verarbeitet werden.  | Die Eingangskontrolle der Lebensmittelüberwachung deckte den Handel auf und konnte die Verarbeitung verhindern.  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das Fleisch wurde aus dem Verkehr gezogen und unter ordnungsbehördlicher Kontrolle in die Niederlande zurück transportiert. Dort wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.</li> <li>▪ In der BRD wurden Ermittlungen gegen den Verarbeiter aufgenommen. Der</li> </ul>  |

|   |   |  |  |
|---|---|--|--|
|   |   |  | <p>Betrieb wird überwacht. Jede eingehende Sendung ist anzumelden und wird entsprechend kontrolliert.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Nach Abschluß der Ermittlungen beabsichtigte das Ministerium (MURL), die Öffentlichkeit zu informieren.</li> </ul>  |
| <b>1994 Erpressung von Handelsketten (1)</b>                          | Mehrere Handelsketten in der BRD werden von einem oder mehreren unbekanntem Tätern erpreßt. Im Falle der Nichtzahlung wird die Vergiftung von Lebensmitteln in nicht näher bezeichneten Märkten verschiedener Ketten angekündigt.                         | Einem Schreiben an die „Bild-Zeitung“ war eine Probe einer pulvrigen Substanz beigelegt. Die Analyse des LKA Hessen ergab, daß es sich um ein stark ätzend wirkendes Gemisch handelte, dessen Hauptkomponente Ätznatron ist, das vor allem in Haushaltreinigern enthalten ist..  | <p>1. Vorsorglich wies das LKA darauf hin, beim Einkauf von Lebensmitteln darauf zu achten, daß die Verpackungen bzw. Flaschenverschlüsse usw. unversehrt sind.</p>  |
| <b>1994 Maul- und Klauenseuche bei Fleischexporten (Griechenland)</b> | Nachdem in Nordost-Griechenland die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen war, verbot der Veterinärausschuß der EU vorübergehend die Ausfuhr von Vieh und Frischfleisch. Griechenland exportiert Milchprodukte vor allem nach Osteuropa.                    | Während der griechische Landwirtschaftsminister betonte, daß für Menschen keine Gefahr bestehe, berichteten die Medien von neuerlichen Erkrankungsfällen und der Gefahr einer weiteren Ausbreitung.  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Der Landwirtschaftsminister verhängte ein befristetes Ausfuhrverbot.</li> <li>▪ 5000 Schafe und Ziegen sowie über 1000 befallene Rinder wurden getötet.</li> <li>▪ Die betroffenen Bauern sollen aus Mitteln der EU entschädigt werden.</li> <li>▪ Bulgarien wies griechische Lieferungen wegen der Seuche zurück.</li> </ul> |
| <b>1994 Nematoden in Fischstäbchen (2)</b>                            | Eine Untersuchung des Magazins „Öko-Test“ über Qualität von Fischstäbchen führte zu einer Kontroverse mit der deutschen Fischindustrie.   | In fünf von insgesamt 16 Proben fanden Kontrolleure von „Öko-Test“ Nematoden. Die deutsche Fischindustrie erklärte dazu, daß „Nematoden in Fischstäbchen ungefährlich seien.“  | <i>(Keine weiteren Informationen)</i>  |
| <b>1994 Pestizide in Tee</b>  | Bei Untersuchungen an der TU Berlin wurde in hochwertigem Darjeeling des Marktführers Teekanne das Spinnmilben-Vernichtungsmittel Tetradifon, bis zur 24-fachen Menge des Erlaubten, gefunden.  | Die Geschäftsführung des Unternehmens bestätigte den erhöhten Wert, verwies aber auf die gesundheitliche Unbedenklichkeit etwaiger Rückstände.   | Die ebenfalls betroffenen Anbieter „Teekampagne“ und „Ökotopia“ riefen nach Bekanntwerden der Werte ihre Produkte aus den Läden zurück. Der Verband des Tee-Einfuhr- und Fachgroßhandels sah keinen Grund für eine Rücknahme. Er rechnet mit einer möglichen Anhebung der Grenzwerte für Tetradifon durch die Bundesregierung um das Zwanzigfache auf 0,2 ppm.         |
| <b>1994 Verseuchtes Milchpulver für Bangladesch</b>                   | Indischen Presseberichten zufolge waren rund 385 Tonnen europäisches Milchpulver, die das UNO-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) an Bangladesch geliefert hatte, hochgradig radioaktiv verseucht .   | Das hochbelastete Milchpulver (95 bq/kg) war als Hilfslieferung für Bangladesch vorgesehen. Nach Angaben der Zeitung verwies ein Vertreter des UNHCR auf Absprachen mit der Steuerbehörde, wonach die Lieferung vereinbart gewesen sei. Von bengalischer Regierungsseite wird dies „als klarer Fall von Entsorgung verseuchter Nahrung in einem armen Land“ angesehen. | <i>(Keine weiteren Informationen)</i>  |
| <b>1994 Benzin in Mineralwasser</b>                                   | 12 000 Flaschen des Mineralwassers „Römerwall“ waren mit geringen Spuren von Benzin oder Terpentin verunreinigt worden.   | Einem Verbraucher fiel der fremdartige Geruch des Wassers auf.   | Innerhalb von 6 Stunden wurden rund 1000 Kisten Wasser aus dem Handel zurückgeholt. Zudem forderte das Unternehmen die Verbraucher auf, Flaschen bestimmter Nummern beim Handel umzutauschen.  |
| <b>1994 Bleimennige in Paprika (Ungarn)</b>                           | Auf Bauernmärkten und im Direktverkauf vom Erzeuger wurden Beimischungen des hochgiftigen Rostschutzmehls Bleimennige in Paprika festgestellt. 46 Menschen erlitten Bleivergiftungen. Mögliche Folgen einer Vergiftung sind Nerven- und Blutbildschäden . | Die ungarische Regierung erließ ein umfassendes Verbot für den Verkauf von geriebenem Paprika. Zudem wurde verfügt, sämtliche Vorräte auf eine mögliche Beimischung des pulverisierten Rostschuttmittels Bleimennige zu untersuchen. Ein Fünftel aller Stichproben erwiesen sich als kontaminiert.   | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ 18 Händler wurden festgenommen.</li> <li>▪ Das Handelsministerium übernahm die Garantie, daß der für den Export bestimmte Paprika ohne Blei sei.</li> </ul>   |
| <b>1995 Gefälschte Hähnchen</b>                                       | Mit deutschen Namen täuschten ausländische Geflügelschlachter hiesige Herkunft von  | Etwa die Hälfte der in Deutschland angebotenen Hähnchen werden aus den Niederlanden oder   | Die EU schreibt vor, daß alle Geflügelprodukte mit einer Kennung der Schlachtereie versehen sind. Diese Zahlen- / Buchstabenkombinationen wurden häufig besonders  |



|   |  |   |   |
|---|--|---|---|
|   | Geflügel vor.  | Frankreich importiert.<br>Bei diesen Importen beanstandeten Fleischbeschauer oft mehr als 10% der Tiere.<br>Deutsche Vorschriften sehen vor, daß Zuchttiere gegen Salmonellen geimpft werden müssen. Küken dürfen nur mit zugelassenen Futterstoffen gemästet werden und alle Hähnchen sind vor dem Schlachten vom Amtstierarzt zu prüfen. Dagegen dürfen holländische Hähnchen mit radioaktiven Strahlen haltbar gemacht werden. Bestrahltes Futter ist ebenfalls erlaubt.               | klein und versteckt auf der Verpackung angebracht.<br>Zur besseren Identifizierung bedruckte der Anbieter der Marke „Wiesenhof“ seine Hähnchen zusätzlich mit Namen und Wohnort des Geflügelzüchters. Daraufhin mahnte der französische Verband der Geflügelzüchter den Anbieter wegen unlauteren Wettbewerbs ab.   |
| <b>1996<br/>„Naturtrunk“ aus der Retorte</b>    | Fruchtsafthersteller ließen sich mit gepanschem oder künstlich hergestelltem Apfelsaft-Konzentrat täuschen. Wieviel der Ware in den Handel gelangte, ist unklar.                   | Ein Maklerkontor verkaufte über 1400 Tonnen Apfelsaft-Konzentrat, das als „100 % naturrein, ohne Zusätze“ deklariert war, an namhafte Safthersteller. Chemische Analysen ergaben in dem Produkt überhöhte Konzentrationen von Fumarsäure, die bei der Herstellung synthetischer Apfelsäure verwendet wird. Damit entspricht das Konzentrat nicht den lebensmittelrechtlichen Vorschriften in Deutschland.<br>Die Konsumenten wurden zu keiner Zeit über die gefälschten Säfte informiert. | Zum Zeitpunkt der Entdeckung war der synthetische Apfelsaft längst ausgeliefert. Die Getränkeindustrie versuchte, den Fall zu vertuschen. Dabei handelte es sich hier nicht um einen Einzelfall. Dubiose Händler bringen täuschend echt komponierte Mischungen als Saftkonzentrat in Umlauf. Die Qualitätskontrolleure in den Betrieben bemerken die Täuschung nur selten, da die Fälscher ihre Kreationen in hochmodernen Labors „analysefest“ machen.<br>Die bislang gefundenen künstlichen Stoffe gelten zwar nicht als gesundheitsschädlich. Ungewiß ist jedoch, ob zur Herstellung des Konzentrats nicht wirklich gefährliche Chemikalien verwendet wurden.<br>Einige Fruchtsafthersteller haben das Saftkonzentrat zu verschiedenen Mischgetränken weiterverarbeitet und bis Oktober 95 an den Handel ausgeliefert. |
| <b>1996<br/>Etikettenschwindel bei Wild</b>     | Die Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg hat insgesamt 224 Wildspezialitäten untersucht. Bei mehr als 17% der Rehfleisch-Proben stimmten Etikett und Inhalt nicht überein. | Die falsche Deklaration entdeckten Kontrolleure anlässlich einer Routinekontrolle. Sie gingen davon aus, daß es sich um Antilopenfleisch handelt, das zwar nicht gesundheitsschädlich, jedoch nur halb so teuer wie Reh ist. Unter Verdacht der Falschdeklaration standen Importeure aus Bayern, NRW und Niedersachsen.   | 1. Für den Fall, daß Firmen aus Baden-Württemberg beteiligt sein sollten, drohte die Landwirtschaftsministerin mit harten Konsequenzen. Es handle sich um Irreführung der Verbraucher, die nicht hinzunehmen sei.<br>▪ Die zuständigen Aufsichtsbehörden in Bayern und NRW sahen dagegen noch keinen Handlungsbedarf.   |
| <b>1996<br/>Haltbarkeitsdaten überschritten</b> | Ein Viertel aller Lebensmittel tierischer Herkunft sind 1996 bei Stichproben in Rheinland-Pfalz beanstandet worden.  | Das Landesveterinär-Untersuchungsamt (LVUA) bemängelte vor allem die mangelhafte Kennzeichnung sowie zu lange Lagerung von begrenzt haltbaren Fleisch- und Wurstwaren. Die höchsten Beanstandungsquoten gab es bei behandeltem Fleisch wie geräuchertem Schinken oder gepökeltm Rauchfleisch. Von 670 Waren seien fast 300 nicht mehr frisch gewesen. Bei Frikadellen waren fast die Hälfte nicht ausreichend gekennzeichnet.   |   |
| <b>1996<br/>Schadstoffe in Eiern</b>            | In den Eiern eines Anbieters fand man Nikotin; andere enthielten das krebserregende Tierarzneimittel Ronidazol. Betroffen waren „Eier aus Freilandhaltung“.                        | Wer diese Eier mit einem bestimmten Mindesthaltbarkeitsdatum gekauft hatte, wurde aufgefordert, sie seinem Händler zurückzugeben, da sie Rückstände von Ronidazol enthalten konnten.  | 2. Die VZ Rheinland-Pfalz gab Empfehlungen, beim Eierkauf bestimmte Einkaufswege zu nutzen:<br>• Kauf von Eiern aus Freilandhaltung direkt beim Bauern oder Erzeuger bzw. am Wochenmarkt.<br>• Eier aus kontrolliert ökologischer Erzeugung von Anbauverbänden wie Demeter usw.   |

|  |   |   |   |
|--|---|---|---|
|  |   |   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beim Einkauf von Fertigprodukten wie Desserts, Nudeln usw. gibt es keine Informationen über die verwendeten Eier.</li> <li>• Die Ernährungsberatung rät, den Eierkonsum aus Gründen des Tierschutzes, der Ökologie und unter ernährungsphysiologischen Aspekten zu reduzieren.</li> </ul>  |
| <b>1997<br/>Erpressung von<br/>Handelsketten (2)</b> | Der Nestlé-Konzern und sein Tochterunternehmen Thomy wurden mehrfach mit angeblich vergifteten Lebensmitteln erpreßt. Die Polizei hat fast alle beschlagnahmten Produkte der beiden Firmen untersucht, darin jedoch keine Anzeichen für die angedrohte Vergiftung gefunden. | Beide Handelsketten sicherten nach bekanntwerden der Erpressung zu, alle möglicherweise betroffenen Produkte auszutauschen.<br>Es wurde ein Bürgertelefon eingerichtet.   | Die Fa. Thomy führte als Konsequenz aus den Giftdrohungen ein neues Verschlusssystem für Senftuben ein, bei dem man an einer Membran erkennen kann, ob eine Tube manipuliert wurde.   |
| <b>1997<br/>Walnüsse mit Chemie</b>                  | Produkte des amerikanischen Konzerns „Diamond Walnuts“ sollen mit Chemikalien belastet sein.  | Nach Informationen der US-Gewerkschaft „International Brotherhood of Teamsters“ setzt der Konzern bei Anbau und Verarbeitung von Nüssen Methylbromid ein, das bei der Lebensmittelverarbeitung europaweit verboten ist. Das Mittel kann zu schweren Gesundheitsschäden führen. Außerdem werde zum Bleichen der Nüsse das krebserregende Chlorin eingesetzt.                                 | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Gesundheitsrisiken durch Methylbromid wurden von der AgV bestätigt. Für Methylbromid besteht bundeseinheitlich ein Grenzwert von 0,1mg pro kg im eßbaren Anteil von Schalenfrüchten.</li> <li>▪ Rund 74% der in der BRD verkauften Walnüsse stammen von „Diamond Walnuts“. Trotz aller Proteste durch Umweltschutzorganisationen weigert sich der Konzern, auf den Chemie-Einsatz zu verzichten. Die Gewerkschaft rief die Verbraucher zu einem Boykott von „Diamond Walnuts“ auf, an dem sich auch andere Länder beteiligen wollen.</li> </ul>        |
| <b>1997<br/>Nematoden in Fisch (3)</b>               | Bei Untersuchungen von Frischfisch für die ARD-Sendung Monitor sind in jeder zweiten Probe Nematodenlarven gefunden worden.   | Das Fernsehmagazin berichtete, daß frische Seefische erneut stärker mit Nematoden befallen sind, da. u.a. die Fischwirtschaft ihre Kontrollpflicht vernachlässigt. Probleme mit Nematodenbefall bestätigten auch die Ergebnisse des Veterinär-Untersuchungsamtes für Fisch in Cuxhaven.   | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Um einwandfreie Beschaffenheit von Fischen zu gewährleisten, wurde 1994 die Fisch-Hygiene-VO erlassen, die in Teilen weit über die Vorschriften der EU hinausgeht. <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die staatliche Lebensmittelüberwachung muß die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Eigenkontrollen besser überwachen.</li> </ul> </li> <li>2. Empfehlungen: Verbraucher sollten nicht auf Fisch verzichten, sondern beim Fischeinkauf zu einem Händler seines Vertrauens gehen. Fisch sollte bei über 70°C gegart werden.</li> </ol> |
| <b>1997<br/>Glykol in Wein (2)</b>                   | Durch Defekt in einem Abfüllbetrieb gelangte Monoethylenglykol (MEG) in elsässische Weine.  | Das rheinland-pfälzische Umweltministerium warnte vor bestimmten elsässischen Weinen, bei denen durch technischen Defekt in der Kühlanlage des Abfüllbetriebes erhöhte Werte an Monoethylenglykol bei Routinekontrollen entdeckt wurden. Die Werte lagen teilweise über 100 mg MEG/l. Diese Menge hält das BgVV für gesundheitlich bedenklich.  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Der Winzer bzw. der Handel nahmen die betroffenen Flaschen aus den Regalen.</li> <li>▪ Verbrauchern wurde geraten, die betroffenen Flaschen zum Händler zurückbringen. Der Einkaufspreis wurde vergütet.</li> <li>▪ Namen und Kennzeichnung der betroffenen Weine wurden veröffentlicht.</li> </ul>  |
| <b>1997<br/>Verunreinigte Coca-Cola (1)</b>          | Limonade der Marke Coca-Cola war mit dem Lösungsmittel Trichloranisol verunreinigt, das vermutlich über die Dosendeckel in das Getränk gelangte. Nach Meinung von Experten ging davon keine Gesundheitsgefährdung aus.  | Kunden beschwerten sich über den unangenehmen Geruch nach fauligen Zitronen, der aus der Dose kam.<br>Die zuständigen Behörden und die Verbraucher-Zentralen der betroffenen Länder beklagten die mangelnde Informationsbereitschaft und das schlechte Beschwerde-Management des Weltkonzerns. Man hätte erwarten dürfen, daß der Konzern sofort und umfangreich über die Panne informiere. | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Der Konzernsprecher räumte ein, daß erste Reklamationen bereits vor Wochenfrist eingegangen waren. Daraufhin wurden mehrere tausend Dosen in Hamburg und Schleswig-Holstein vom Markt geholt.</li> <li>▪ Für Kundenanfragen stehe eine kostenfreie Hotline zur Verfügung.</li> </ul>   |

|   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| <b>1999</b><br><b>Verunreinigte Coca-Cola (2)</b> | In Belgien verursachte verunreinigte Kohlensäure beim Verzehr von Coca-Cola Getränken gesundheitliche Beeinträchtigungen. Besonders bei Kindern traten Krankheitssymptome auf, die auf die Stoffe Kohlenoxisulfid und Schwefelwasserstoff zurückzuführen sein sollen.<br>Bei Getränkedosen, die in Frankreich abgefüllt wurden, soll das Desinfektionsmittel 3-Methyl-4-Chlorphenol, das an dem Verpackungsmaterial haftete, Krankheitssymptome hervorgerufen haben. | Die Coca-Cola Organisation Deutschland bestätigte in einer Unbedenklichkeitserklärung, daß in Deutschland produzierte Erfrischungsgetränke einwandfrei sind. Verbraucher sollten beim Kauf von Coca-Cola Getränken auf deutsche Beschriftung achten. | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Auf Anordnung des belgischen Gesundheitsministers wurden alle Coca-Cola Produkte aus dem Markt genommen. Frankreich schloß sich der Aktion an.           <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das deutsche Bundesministerium für Gesundheit hat die Wirtschaftskreise aufgefordert, im Rahmen ihrer Sorgfaltpflicht darauf zu achten, daß keine gesundheitlich bedenklichen Getränke in den Verkehr gebracht werden, und verunreinigte Kohlensäure nicht zur Lebensmittelherstellung verwendet wird.</li> <li>• Die EU-Kommission wurde aufgefordert, im Rahmen des Schnellwarnsystems alle Informationen über die verunreinigte Kohlensäure mitzuteilen.</li> </ul> </li> <li>2. Verbraucherzentralen empfehlen Kaufzurückhaltung bis zur vollständigen Klärung.</li> </ol> |
| <b>1999</b><br><b>Vergifteter Viktoriabarsch</b>  | Der Bundesmarktverband der Fischwirtschaft warnte vor vergiftetem Fisch aus dem Viktoriasee .  | Der medizinische Dienst Kenias hatte mitgeteilt, daß beim Verzehr von Viktoriabarsch akute Lebensgefahr bestehe. Grund dafür ist der Fang mit Hilfe von Pestiziden oder Extrakten aus giftigen Pflanzen.   | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Inzwischen darf nach einer EG-Entscheidung kein Fisch aus Kenia und Tansania mehr in die EU importiert werden.</li> <li>2. Die Verbraucherzentrale NRW rät, vorerst auf den Verzehr von Viktoriabarsch zu verzichten. Wer noch größere Mengen eingefroren hat, sollte sich an das nächste Veterinär-Untersuchungsamt wenden und den Fisch überprüfen lassen.</li> </ol>  |

### 3.2. Verbrauchertäuschung hat Methode

Die Darstellung vergangener und teilweise noch aktueller Lebensmittelskandale macht das Ausmaß der bewußten Täuschung von Verbrauchern offensichtlich. Betrügerische Machenschaften sind praktisch bei jedem Lebensmittel möglich. Allerdings läßt sich die Vielzahl der Täuschungsmanöver auf wenige sympto-matische Grundmuster zurückführen, wie sich an ein paar typischen Fällen von Verbraucherbetrug, die teilweise in großem Stile durchgeführt wurden, verdeutlichen läßt:

#### 3.2.1 Trick: Betrügerisches Umdeklarieren

Billige Eier aus holländischen Legebatterien werden mit gefälschten Versandpapieren zu Erzeugnissen aus Freiland- und Bodenhaltung umdeklariert und über Zwischenhändler an Supermärkte verkauft.

- In diesem Fall wird die Bereitschaft der Käufer ausgenutzt, für Produkte aus artgerechter Haltung oder umweltschonender Erzeugung höhere Preise zu bezahlen.

#### 3.2.2 Trick: Verkauf verdorbener oder Auffrischen alter Lebensmittel

Nicht mehr verkehrsfähige Fleischwaren mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum werden durch starkes Würzen geschmacklich aufgebessert, neu verpackt und verkauft. Alte Zwiebeln werden durch „keimhemmende Behandlung“ aufgefrischt und als „beste Neuseeland-Ernte“ an Supermarktketten geliefert.

- Eine Gesundheitsgefährdung der Konsumenten wird zugunsten hoher Zusatzprofite billigend in Kauf genommen.

### 3.3.3 Trick: Herkunftsverfälschung

Tiefgefrorenes oder frisches Geflügel, Obst und Gemüse aus Holland werden zu deutschen Erzeugnissen umdeklariert und können so teurer verkauft werden. Billiges Antilopenfleisch wird - als Reh deklariert - zum Kauf angeboten.

- Da das Image bestimmter niederländischer Lebensmittel stark angekratzt ist, hat ihre „Germanisierung“ eine verkaufsfördernde Wirkung. Den ungerechtfertigt hohen Preis zahlt der Verbraucher.

### 3.3.4 Trick: Verfälschte Lebensmittel und Imitate

Trotz entsprechender Vorschriften werden Würste mit billigem Fremdfleisch von Puten, Legehennen oder mit Separatorfleisch gestreckt, teurer Schafskäse wird mit Kuhmilch verlängert und abgepackte Garnelen- oder Shrimps-Cocktails werden aus gepreßten Fischresten hergestellt.

Den Fruchtstückchen im Joghurt sind häufig Dickungsmittel aus Meeresalgen zugesetzt und der Erdbeer- oder Kirschgeschmack stammt von Ersatz-, Farb- oder Aromastoffen.

- Für den Verbraucher ist diese Form von Betrug nur schwer erkennbar, da die vorgeschriebenen „deutlichen“ Hinweise oder Kennzeichnungen auf den Produkten von den Anbietern meist mißachtet werden.

### 3.3.5 Trick: Panschen von Getränken

Angeblich „naturreiner“ Apfelsaft wird in großen Mengen aus gepanschem oder chemisch hergestelltem Apfelsaftkonzentrat produziert und an zum Teil renommierte Weiterverarbeitungsbetriebe geliefert.

Von einer Kellerei wurden mit Glykol verschnittene Weine als deutscher „Prädikatswein“ deklariert und über Supermarktketten vertrieben, obwohl die Weine nicht verkehrsfähig waren.

- Derartige Betrugsformen sind für den Verbraucher nicht zu durchschauen. Es bleibt ihm praktisch nur die Möglichkeit, sich an einen Händler „seines Vertrauens“ zu wenden. Hier sind die Kontrollbehörden gefordert.

Neben der offensichtlichen Täuschungsabsicht sind Verhaltensweisen von Anbietern festzustellen, die auf mangelnde Sorgfalt und unzureichende Kontrollen zurückzuführen sind, und damit ebenfalls zu Lasten der Konsumenten gehen. Dazu gehören:

### Fremdstoffe in Lebensmitteln

Bei behördlichen Kontrollmaßnahmen werden nicht selten in Tees, Eiern, Walnüssen, Fischen, aber auch in Babykost oder Säften Rückstandsmengen von Pestiziden, Fungiziden, Tierarzneimitteln oder Extrakten aus giftigen Pflanzen festgestellt, die die gesetzlich zulässigen Grenzwerte deutlich überschreiten.

- Anbieter, teilweise aber auch Wissenschaftler, verweisen oft auf gesundheitliche Unbedenklichkeit etwaiger Rückstände, obwohl bekannt ist, daß manche Chemikalien, wie z.B. Methylbromid, schwere Gesundheitsschäden hervorrufen können und zur Verarbeitung in Lebensmitteln europaweit verboten sind. Insbesondere Säuglings- und Kleinkindnahrung muß absolut frei von Rückständen sein.

### Verunreinigungen

von Lebensmitteln und Getränken entstehen in der Regel durch unzureichende Sorgfalt, Schlamperei bei Kontrollen oder durch Defekte im Produktionsablauf. So gelangt dann z.B. Glykol in den Wein und Trichloranisol oder Desinfektionsmittel in Coca-Cola.

## 4. Skandale um Fertignahrung für Säuglinge und Kleinkinder

In dem Zeitraum zwischen 1994 und 1997 häuften sich Unregelmäßigkeiten in Zusammenhang mit Babynahrung. Deshalb werden die Problemfälle hier gesondert aufgeführt.

| Skandale um Babynahrung                         | Wodurch wurden sie ausgelöst?  | Wie sind sie bekannt geworden?<br>Wie und wann wurden die Verbraucher informiert?  | Welche Maßnahmen wurden eingeleitet?<br>Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?<br>1. von behördlicher Seite<br>2. von Verbraucherseite  |
|---|--|--|---|
| <b>1994<br/>Fertignahrung mit Fremdstoffen</b>  | Die Babynahrung AS-Gemüseallerlei der Drogeriekette Schlecker enthielt Spuren des Pflanzenschutzmittels Lindan. Sie enthielt mehr als das vierfache des zulässigen Grenzwertes. Das aus Spanien importierte Produkt entsprach zwar den EU-Richtlinien, aber nicht den deutschen Grenzwerten. | Das ZdF berichtete von Erkenntnissen des baden-württembergischen Umweltministeriums über Pestizidrückstände in Babynahrung. Das Magazin „Öko-Test“ wies verschiedene Anti-Schimmelmittel in allen AS-Baby-Obstbreigläschen nach, sowie Weichmacher in fleischhaltigen AS-Gläschen. In einigen Proben war der gesetzliche Grenzwert für Pestizide mehrfach überschritten. Anti-Schimmelmittel befanden sich auch in Obstbreigläschen der Marke Milupa und der Supermarktkette Aldi. | Die beanstandeten Chargen wurden von dem Vertreiber aus dem Verkehr gezogen und die Vermarktung aller AS-Babygläschen eingestellt.<br>Milupa und Aldi stellten ebenfalls vorübergehend die Vermarktung ein.<br><br>2. Die Verbraucher wenden sich zunehmend Produkten und Zutaten aus kontrollierter biologischer Erzeugung zu. Gefragt sind ebenfalls Zutaten zum Selbstkochen aus dem Biomarkt oder Bioladen.           |
| <b>1994<br/>Belastete Babynahrung im Handel</b> | Pestizid- und Fungizid-Rückstände in Gläschenkost verunsicherten viele Verbraucher. Der Grenzwert für Säuglings- und Kleinkindnahrung von 0,01 mg/kg wurde überschritten. Betroffen waren Produkte verschiedener bundesweiter Anbieter.  | Die Lebensmittelüberwachung stellte Rückstände von Pflanzenschutz- und Pilzvernichtungsmitteln in Babykost fest, wobei die Grenzwerte überschritten wurden. Die Produkte waren aus Spanien importiert. Unter anderem wurden Rückstände von Lindan gefunden, das als chronisch toxisch einzustufen ist. Laut Überwachungsbehörde war keine akute Gesundheitsgefährdung gegeben.   | 1. Das Landesuntersuchungsamt Nordbayern stellte eine Überschreitung fest und sperrte den entsprechenden Warenbestand des Anbieters.<br>2. Die Verbraucherverbände forderten <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ rückhaltlose Aufklärung, Aufbau eines Informationsnetzes für Lebensmittelüberwachung und zur Information der Verbraucher,</li> <li>▪ die Lebensmittelüberwachung auf, die Öffentlichkeit</li> </ul> |

|   |   |  |  |
|---|---|--|--|
|   |   |  | <p>schneller zu informieren,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ bei Säuglingsnahrung eine umfassende Kennzeichnung des Herkunftslandes.</li> <li>▪ Im Bundestag bekräftigten Abgeordnete ihre Forderungen nach einer verbraucherfreundlicheren ernährungs- und stärker umweltorientierten Landwirtschaftspolitik.</li> </ul>   |
| <b>1995<br/>Arsenhaltige Säfte</b>                        | Gesundheitsschädliche Stoffe in Babysäften.   | <p>Das Magazin „Öko-Test“ fand bei der Prüfung von Babysäften in 15 von 16 untersuchten Getränken für die ersten Lebensmonate erhöhte Mengen von Arsen – zwischen 8 und 24 Mikrogramm .</p> <p>Ein Säugling kann etwa 20 Mikrogramm täglich entgiften, wird ein Biochemiker des Umweltbundesamtes zitiert. Die WHO hält eine wöchentliche Aufnahme von 15 Mikrogramm für gesundheitlich noch vertretbar.</p> | <p>Für Babynahrung gibt es keinen Arsen-Grenzwert!<br/>Aufgrund der Testergebnisse haben die Babysaft-Hersteller Nestlé-Alete und Hipp angekündigt, ihre Filterverfahren umzustellen.</p> <p>2. Verbrauchern wird empfohlen, naturtrübe Säfte aus biologischem Anbau zu kaufen.</p>  |
| <b>1995<br/>Fehlerhafter<br/>Babybrei</b>                 | Der Hersteller für Babynahrung Humana hat über drei Jahre rund 25 Mio. Portionen eines Breis für milchallergische Kinder vertrieben, der Spuren von Milcheiweiß enthielt.   | <p>Laut Hersteller waren die Konzentrationen um den Faktor 100 000 geringer als bei normaler Kuhmilch. Bei solchen Konzentrationen seien weltweit nur fünf allergische Reaktionen dokumentiert worden.</p> <p>Auf eine Rückrufaktion wurde verzichtet, weil eine gesundheitliche Beeinträchtigung angeblich „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ auszuschließen gewesen sei.</p>                | <p>Die versandfertigen Chargen wurden vernichtet.<br/>Der Hersteller richtete ein gebührenfreies Infotelefon ein.</p>  |
| <b>1995<br/>Gentechnisch<br/>erzeugte<br/>Babynahrung</b> | Ein niederländisches Unternehmen produziert in Belgien Säuglingsnahrung mit gentechnisch erzeugten Zutaten (LCP). Nach Ansicht der Forschung besteht hier ein nicht geringes Risiko bezüglich der Pathogenität und Toxizität. Da das Produkt in Belgien auf den Markt gebracht wurde, kann es nach den Regeln der Gemeinschaft auch in Deutschland vermarktet werden. | Durch Medienberichte und politische Intervention   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das hessische Sozialministerin (HMFAS) forderte den Bundesgesundheitsminister auf, die Voraussetzungen für eine nationale Regelung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln und Zusätzen zu schaffen.</li> <li>• Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich in Brüssel dafür einzusetzen, neuartige Lebensmittel so zu kennzeichnen, daß Verbraucher selbst wählen können.</li> <li>• Die Gewerkschaft NGG verurteilte den Plan der EU-Kommission, Gennahrung nicht grundsätzlich zu kennzeichnen.</li> <li>• <i>1997 trat die „Verordnung über die freiwillige Kennzeichnung von gentechnikfreien Lebensmitteln“ in Kraft. Sie gestattet die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ unter festgelegten Voraussetzungen.</i></li> </ul> |
| <b>1996<br/>Weichmacher in<br/>Säuglingsnahrung</b>       | PVC-Weichmacher in Säuglingsnahrung   | <p>Medienberichte warnten vor PVC-Weichmachern in Babynahrung. Das BgVV gab folgende Stellungnahme: In der BRD wurden geringe Mengen Weichmacher gefunden, die weit unterhalb der tolerierbaren Menge lagen. Die Daten lassen keine aktuelle Gesundheitsgefährdung erkennen.</p>   | Das BgVV fordert Untersuchungen zur Aufdeckung der Eintragsquellen und eine generelle Minimierung der Belastung mit Phthalsäureestern.   |

#### 4.1 Rückstandsmengen in Säuglingsnahrung

In den vergangenen Jahren traten bei Säuglingsnahrung häufiger Belastungen durch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, Pestiziden, Fungiziden, Antischimmelmitteln und Weichmachern auf.

Nach Ansicht der Verbraucherverbände muß Säuglingsnahrung völlig frei von Pestizid- und anderen belastenden Rückständen sein. Da bei Säuglingen und Kleinkindern das Immunsystem noch nicht voll ausgebildet ist, ist besondere Vorsorge geboten. Die in der Bundesrepublik geltenden strengen Grenzwerte sind unbedingt erforderlich und müssen ebenso für importierte Babynahrung angewendet werden.

Die europäische Kommission hat dem ständigen Lebensmittelausschuß einen Entwurf für entsprechend strenge Rechtsvorschriften über Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln in Babynahrung vorgelegt. In die Richtlinien über Säuglingsanfangs- und Folgenahrung (96/5/EG) sowie über Getreide- und andere Beikost für Säuglinge und Kleinkinder (96/4/EG) sollen neue Vorschriften eingefügt werden, wonach Babynahrung keine nachweisbaren Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln enthalten darf. Die maximale Rückstandsmenge von 0,01 mg/kg ist zu tolerieren, da bislang kein genaueres Meßverfahren zur Verfügung steht.

Damit schließt sich die Kommission den Staaten an, die bereits entsprechende Regelungen anwenden, wie Belgien, Deutschland, Luxemburg, Österreich. Den Wert von 0,01 mg/kg sieht die Kommission als einen Vorsorgewert an, dessen geringfügige Überschreitung nicht unbedingt zu einer akuten Gefährdung der Gesundheit führt. Sie hält jedoch aufgrund neuerer wissenschaftlicher Stellungnahmen ein vorsichtiges Vorgehen für angezeigt, da es für die große Mehrheit der über 800 verschiedenen Schädlingsbekämpfungsmittel, die bisher notifiziert wurden, noch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse darüber gibt, welche maximalen Rückstandsmengen für Kleinkinder mit Sicherheit unschädlich sind. Die Richtlinien erlauben, daß künftig für einzelne Pestizide individuelle Rückstandsmengen festgelegt werden, sofern neue wissenschaftliche Erkenntnisse dies rechtfertigen.

Etwa 40% der Babynahrung auf dem europäischen Markt entsprechen bereits dem vorgeschlagenen Grenzwert. Herstellern, die diese Anforderungen nicht erfüllen, wird eine Übergangszeit eingeräumt. Der Handel mit Produkten, die dieser Regelung nicht entsprechen, soll erst ab 31.12.2001 endgültig verboten werden.

Aufgabe der Verbraucherverbände wird es sein, zu überwachen,

- daß die Rückstandsmengen nicht zu großzügig zugunsten der Hersteller festgelegt werden, und
- daß die vorgeschlagene Frist auch eingehalten wird.

## 5. Die BSE-Krise und ihre Auswirkungen

### ▪ Erscheinungsbild, Entstehung und Übertragung der BSE

1985 wurden in Großbritannien (GB) erste vereinzelte Fälle einer bisher unbekanntes Rinderkrankheit beobachtet, die mit zentralnervösen Störungen einhergeht. 1986 wurde sie als eigenständige Krankheit erkannt und als „**Bovine Spongiforme Enzephalopathie**“ – BSE - (deutsch: schwammartige Hirnkrankheit des Rindes) bezeichnet. Sie trat in der Folgezeit auf der gesamten britischen Insel auf. Die Tiere erkrankten im Alter zwischen 2 und 12 Jahren, die höchste Erkrankungshäufigkeit liegt bei 4 – 6 Jahren. Krankheitserscheinungen sind u.a. Angst, Aggressivität und Bewegungsstörungen, die zum plötzlichen Niederstürzen der Tiere führen. Eine spontane Heilung oder eine Therapie gibt es nicht. Die Krankheit endet immer tödlich. Aufgrund ihrer Übertragbarkeit und der sehr spezifischen Veränderungen im Gehirn rechnet man die BSE zu den transmissiblen (*übertragbaren*) spongiformen Enzephalopathien (TSE).

Ausgangspunkt der neuen Rinderkrankheit war offenbar eine in GB häufige Schafkrankheit – Scrapie oder auch Traberkrankheit - mit ähnlichem Krankheitsverlauf. Zu den TSE zählen auch die Erkrankungen beim Menschen, hauptsächlich die unheilbare und tödliche Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK) und eine neue Variante, die mit V-CJK bezeichnet wird. Neu daran ist, daß vor allem junge Patienten (Durchschnittsalter 27 Jahre) von dieser Gehirnveränderung betroffen sind.

Nach einer allgemein anerkannten wissenschaftlichen Erklärung dürfte der Auslöser für die Epidemie in GB die Wiederverwertung von verseuchten Schaf- und Rindergeweben sein, die als Tierfutter in Form von Fleisch- und Knochenmehlen verarbeitet wurden, sowie eine Änderung des Verfahrens zur Herstellung von Fleisch- und Knochenmehl aus Tiermaterialien ab 1981, bei der insbesondere die Behandlungsdauer und die Temperatur herabgesetzt wurden. Niedrige Verarbeitungstemperaturen und der Verzicht auf chemische Entfettung der Ausgangsmaterialien führten dazu, daß die Scrapie-Erreger nicht mehr ausreichend inaktiviert wurden und als infektiöses Potential im Tierkörpermehl verblieben. Eine sichere Inaktivierung von BSE- und Scrapie-Erregern wird erst bei 133°C und einem Druck von 3 bar über einen Zeitraum von 20 Minuten erreicht.

Der BSE-Erreger ist im einzelnen noch nicht bekannt: Zwei Hypothesen werden diskutiert: Die „Virus-Hypothese“ geht von einem hitze- und chemikalienresistenten Virus aus. Neuere Erkenntnisse sprechen für die „Prionen-Hypothese“. Das infektiöse Agens ist ein Eiweißmolekül, das aus einem normalen Nervenzellenprotein entstanden sein soll. Prionen sind beständig gegen Hitze, Kälte, gegen UV- und ionisierende Strahlung und chemischen Desinfektionsmitteln. Experimentelle Übertragungen haben gezeigt, daß sowohl Scrapie als auch BSE und die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit des Menschen auf eine Vielzahl anderer Tierarten übertragbar sind. Die Summe bisheriger Befunde gibt Grund für die Annahme, daß generell die Möglichkeit besteht, daß auch der Mensch über die Nahrungsaufnahme durch TSE-Erreger infiziert werden kann.



Einer aktuellen Pressemitteilung zufolge haben britische und amerikanische Forscher den bisher schlüssigsten Beweis für die Übertragung des Rinderwahns auf Menschen erbracht. Sie infizierten transgene Mäuse mit dem BSE-Erreger, einem Prion-Protein, und mit dem Erreger der neuen Form der CJK. In beiden Fällen entwickelten die Mäuse nach rund 250 Tagen wie erwartet eine tödlich verlaufende Gehirnkrankheit.<sup>1</sup>

## 5.1 Chronologische Darstellung der wichtigsten Ereignisse

| Jahr | Was wurde wann bekannt?  | Politische Konsequenzen  | EU-Rechtsvorschriften  |
|------|--|--|--|
| 1981 | Aus Kostengründen wird das Herstellungsverfahren für Fleisch- und Knochenmehl in Großbritannien geändert. (Niedrigere Verarbeitungstemperaturen)                           |  |  |
| 1985 | Erster bekannter Fall der Rinderseuche in Kent, GB.  |  |  |
| 1986 | Amtliche Veterinäre diagnostizieren Gehirnerkrankung bei Rindern als Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE).   |  |  |
| 1988 | <i>Der Wissenschaft gelingt der Nachweis der Übertragung von BSE auf Mäuse.</i>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die britische Regierung setzt einen Untersuchungsausschuß ein. Anzeigepflicht für BSE in GB.</li> <li>- GB untersagt die Tiermehlfütterung an Wiederkäuer. Erstmals werden infizierte Kühe notgeschlachtet.</li> <li>- Regierung zahlt Entschädigung für die Schlachtung BSE-infizierter Rinder.</li> <li>- Verkaufsverbot für die Milch infizierter Rinder.</li> </ul> |  |
| 1989 | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erster BSE-Fall in Irland.</li> <li>- <i>Zum Ende des Jahres sind in GB fast 10 000 Rinder als infiziert gemeldet.</i></li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Untersuchungsausschuß fordert Verarbeitungsverbot von Innereien für Babynahrung.</li> <li>- In GB wird die Verwendung von Rinderhirn, Innereien und Rückenmark verboten.</li> <li>- Deutschland verschärft Importkontrollen bei britischem Rindfleisch.</li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 89/469/EWG der Kom. vom 28.7.1989 zum Erlaß von Maßnahmen zum Schutz gegen spongiforme Rinderenzephalopathie in GB – Abl. Nr. L 225 vom 3.8.89, S. 51.</li> </ul> |
| 1990 | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Gesundheitsministerium informiert, daß</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachdem in GB die Entschädigungssumme für BSE-</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 90/59/EWG der Kom. vom 7.2.1990 zur</li> </ul>  |

<sup>1</sup> Quelle: Kölner Stadtanzeiger (ap) vom 21.12.99

|             |   |  |   |
|-------------|---|--|---|
|             | <p>5 Zuchtbullen, die über 1 000 Kälber erzeugt haben, an BSE verendet sind</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erste BSE-Fälle in Portugal</li> </ul>                       | <p>Rinder deutlich erhöht wurde, verdoppelt sich die Zahl der gemeldeten, erkrankten Tiere.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die EU-Kommission untersagt Exporte von lebenden Rindern und die Verwendung von Innereien zur Herstellung von Kosmetika und pharmazeutischen Produkten.</li> <li>- Deutschland und Frankreich verhängen Importverbot für britisches Rindfleisch.</li> </ul> | <p>Änderung der Entsch. 89/469/EWG zum Erlaß von Maßnahmen zum Schutz gegen spongiforme Rinderenzephalopathie in GB – Abl. Nr. L 41 vom 15.2.90, S. 23</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 90/134/EWG der Kom. vom 6.3.1990 zur zweiten Änderung der Richtlinie 82/894/EWG des Rates über die Mitteilung von Viehseuchen in der Gemeinschaft und zur zeitweiligen Änderung der Häufigkeit der Meldepflicht bei Auftreten der spongiformen Rinderenzephalopathie – Abl. Nr. L 76 vom 22.3.90, S. 23</li> <li>- Entsch. 90/200/EWG der Kom. vom 9.4.1990 über zusätzl. Anforderungen an gewisse Gewebe und Organe im Hinblick auf spongiforme Rinderenzephalopathie – Abl. Nr. L 105 vom 25.4.90, S. 24</li> <li>- Entsch. 90/261/EWG der Kom. vom 8.6.1990 zur Änderung der Entsch. 89/489/EWG zum Erlaß von Maßnahmen zum Schutz gegen spongiforme Rinderenzephalopathie in GB und der Entsch. 90/200/EWG über zusätzl. Anforderungen an gewisse Gewebe und Organe im Hinblick auf spongiforme Rinderenzephalopathie – Abl. Nr. L 146 vom 9.6.90, S. 29</li> </ul> |
| <b>1991</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>In GB taucht die Seuche erstmals bei einem Kalb auf, das nach 1988 geboren wurde.</i></li> <li>- Erster BSE-Fall in Frankreich</li> </ul> |  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 91/89/EWG der Kom. vom 5.2.1991 über die Finanzierung eines Vorhabens zur Inaktivierung der Erreger der Traberkrankheit und der spongiformen Rinderenzephalopathie – Abl. Nr. L 49 vom 22.2.1991, S. 31</li> </ul>   |
| <b>1992</b> |   |  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 92/450/EWG der Kom. vom 30.7.1992 zur dritten Änderung der Richtlinie 82/894/EWG des Rates über die Mitteilung von Viehseuchen</li> </ul>  |

|             |  |  |   |
|-------------|--|--|---|
|             |  |  | <p>in der Gemeinschaft und zur zeitweiligen Änderung der Häufigkeit der Meldepflicht bei Auftreten der spongiformen Rinderenzephalopathie Abl. Nr. L 248 vom 28.8.92, S. 77</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 92/290/EWG der Kom. vom 14.5.1992 über bestimmte Schutzmaßnahmen für Rinderembryonen gegen die spongiforme Rinderenzephalopathie in GB – Abl. Nr. L 1522 vom 4.6.92, S. 37</li> <li>- Entsch. 92/562/EWG der Kom. vom 17.11.1992 über die Zulassung alternativer Verfahren zur Hitzebehandlung gefährlicher Stoffe – Abl. Nr. L 359 vom 9.12.1992</li> </ul> |
| <b>1993</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- WISO recherchiert, daß in den NL britische Kälber in großem Umfang gemästet werden und nach der Schlachtung als niederländisches Rindfleisch in den Handel gelangen.</li> <li>- <b>1993 erkranken in GB zwei Landwirte an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK). Erstmals wird von Wissenschaftlern ein möglicher Zusammenhang vermutet.</b></li> </ul> | <b>Allein in diesem Jahr werden über 37 000 BSE-Fälle gemeldet.</b>  |   |
| <b>1994</b> | Erstmals sind in Deutschland zwei Rinder an BSE gestorben.   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Gesundheitsminister kündigt einen deutschen Alleingang an, falls die Europäische Kommission in Brüssel kein umfassendes Ausfuhrverbot verhängt.</li> <li>- Der Vorstoß im EU-Ministerrat, ein generelles Exportverbot für britisches Rindfleisch durchzusetzen, scheitert. Seit dem 20.3. gilt in Deutschland ein Verfütterungsverbot für Tierkörpermehl an Rinder.</li> <li>- Der niedersächsische Landwirtschaftsminister erteilt ein Schlachtverbot für Bestände, in denen aus GB</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 94/381/EG der Kom. vom 27.6.1994 über Schutzmaßnahmen in bezug auf die spongiforme Rinderenzephalopathie und die Verfütterung von aus Säugetieren gewonnenen Futtermitteln – Abl. Nr. L 172 vom 7.7.94, S. 23</li> <li>- Entsch. 94/474/EG der Kom. vom 27.7.1994 über Schutzmaßnahmen gegen die spongiforme Rinderenzephalopathie und zur Aufhebung der Entsch. 89/469/EWG und 90/200/EWG – Abl. Nr. L 194 vom 27.7.94, S. 96</li> </ul>  |

|             |  |   |   |
|-------------|--|---|---|
|             |  | <p>importierte Rinder gehalten werden. Die anderen Bundesländer erlassen ähnliche Vorschriften.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die EU-Verordnung zu Importbeschränkungen für britisches Rindfleisch tritt in Kraft.</li> </ul>  |   |
| <b>1995</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ein neuer BSE-Fall schreckt die deutschen Gesundheitsbehörden auf: In GB ist ein erst 1992 geborenes Kalb erkrankt.</li> <li>- <b><i>Der Höhepunkt der BSE-Epidemie scheint überschritten. Trotzdem werden in diesem Jahr nahezu 10 000 neue Fälle gemeldet.</i></b></li> </ul> | <p>Der Bundesrat fordert uneingeschränkten Importstopp für britisches Rindfleisch.</p>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 95/29/EG der Kom. vom 13.2.1995 zur Änderung der Entsch. 94/382/EG über die Zulassung alternativer Verfahren zur Hitzebehandlung von Wiederkäuerabfällen im Hinblick auf die Inaktivierung der Erreger der spongiformen Enzephalopathie – Abl. Nr. L 38 vom 18.2.95, S. 17</li> <li>- Entsch. 95/60/EG der Kom. vom 6.3.1995 zur Änd. der Entsch. 94/474/EG über Schutzmaßnahmen in bezug auf die spongiforme Rinderenzephalopathie und die Verfütterung von aus Säugetieren gewonnenen Futtermitteln – Abl. Nr. L 55 vom 11.3.95, S. 43</li> <li>- Entsch. 95/287/EG der Kom. vom 18.7.1995 zur Änd. der Entsch. 94/474/EG über Schutzmaßnahmen gegen die spongiforme Rinderenzephalopathie und zur Aufhebung der Entsch. 89/469/EWG und 90/200/EWG – Abl. Nr. L 181 vom 1.8.95, S. 40</li> </ul> |
| <b>1996</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach neuen wissenschaftlichen Untersuchungen räumt die britische Regierung ein, daß vermutlich eine Beziehung zwischen BSE und der CJD gibt.</li> <li>- In Höxter verendet ein Galloway-Rind an BSE.</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die EU-Kommission erläßt ein Exportverbot für britisches Fleisch, lebende Rinder und andere Rindfleischzeugnisse in EU- und Drittländer.</li> <li>- Die britische Regierung legt einen Schlachtplan zur Ausrottung von BSE vor. Tausende Rinder werden vorsorglich getötet und die Kadaver verbrannt. Das verbleibende Pulver wird in Sonderdeponien eingelagert.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 96/239/EG der Kom. vom 27.3.1996 mit den zum Schutz gegen die bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE) zu treffenden Dringlichkeitsmaßnahmen – Abl. Nr. L 78 vom 28.3.96, S. 47</li> <li>- Entsch. 96/362/EG der Kom. vom 11.6.1996 zur Änderung der Entsch. 96/239/EG mit den zum Schutz gegen die bovine spongiforme Enzephalopathie zu treffenden Dringlichkeitsmaßnahmen – Abl. Nr. L 139 vom 12.6.96, S. 17</li> </ul>  |

|      |  |   |  |
|------|--|---|--|
|      |  |   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 96/381/EG der Kom. vom 20.6.96 betreffend die Genehmigung der Maßnahmen zur Bekämpfung der bovinen spongiformen Enzephalopathie in Portugal – Abl. Nr. L 149 vom 22.6.96, S. 25</li> <li>- Entsch. 96/385/EG der Kom. vom 24.6.1996 zur Genehmigung des Plans zur Bekämpfung und Tilgung der bovinen spongiformen Enzephalopathie in GB – Abl. Nr. L 151 vom 26.6.96, S. 39</li> <li>- Entsch. 96/449/EG der Kom. vom 18.7.1996 über die Zulassung alternativer Verfahren zur Hitzebehandlung von tierischen Abfällen im Hinblick auf die Inaktivierung der Erreger der spongiformen Enzephalopathie – Abl. Nr. L 184 vom 24.7.96, S. 43</li> </ul>   |
| 1997 | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Genomanalysen ergeben, daß das verendete Tier aus GB stammte. Deutschland gilt weiterhin als BSE-frei.</li> <li>- Nach Erkenntnis des Veterinärausschusses der EU gibt es bei Kuhmilch keine Übertragungsgefahren.</li> <li>- In NRW werden 33 Tonnen Fleisch und Fleischprodukte beschlagnahmt. Es handelt sich um illegal aus GB über Belgien nach Deutschland exportiertes Rindfleisch.</li> <li>- <b><i>Von Januar bis Juli sind mind. 2 300 t britisches Rindfleisch illegal exportiert worden und z.T. auch über deutsche Ladentheken gewandert.</i></b></li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Über eine Eilverordnung beschließen Bund und Länder alle aus GB und der Schweiz stammenden Rinder, die nach Deutschland eingeführt worden sind, töten zu lassen. Amtliche Beobachtung der unmittelbaren Nachkommen weiblicher Rinder aus GB und der Schweiz.</li> <li>- Tierschützer und Züchter britischer Rinderarten erheben Klage gegen die Notverordnung vor Gericht.</li> <li>- Der BSE-Untersuchungsausschuß des EU-Parlaments erhebt Vorwürfe gegen die britische Regierung und Arbeit der Kommission von 1990-94. Die Kommission habe das Problem verharmlost und Politik der Desinformation betrieben. Das EU-Parlament verabschiedet „Mißtrauensantrag auf Bewährung“ gegen die Kommission. Diese gibt</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Richtlinie 97/1/EG vom 1.1.1997 über kosmetische Mittel – Abl. Nr. L 16 vom 18.1.97</li> <li>- Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates vom 21.4.1997 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen an.</li> <li>- Entsch. 97/534/EG der Kom. vom 30.7.1997 über das Verbot der Verwendung von Material angesichts der Möglichkeit der Übertragung transmissibler spongiformer Enzephalopathien – Abl. Nr. L 216 vom 8.8.97 (<i>Anm.: spezifiziertes Risikomaterial (SRM)</i>)</li> <li>- Entsch. 97/582/EG vom 28.8.97 zur Festlegung des Verzeichnisses von Agrarerzeugnissen, deren</li> </ul> |

|             |  |   |  |
|-------------|--|---|--|
|             |  | <p>Fehler zu, beschließt Neuorganisation von Fachausschüsse</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbraucher-, Umwelt-, Verbände des Öko-Landbaus fordern generelles Fütterungsverbot von Tiermehl.</li> <li>- Eine Studie der EU-Kom. warnt vor Mängeln bei BSE-Überwachung in div. EU-Staaten. Die Landwirtschaftsminister beschließen, ab 1998 in der EU bes. BSE-gefährdete Gewebe wie Hirn, Rückenmark, Augen von Rindern, Schafen, Ziegen nicht mehr als Nahrungsmittel bzw. zur Tierfütterung zuzulassen. Der Beschluß wird mit knapper Mehrheit gefaßt. Auch die BRD hat dagegen gestimmt.</li> </ul> | <p>Verwendung in Mischfuttermitteln verboten ist – Abl. Nr. L 237 vom 28.8. 97.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 97/735/EG vom 21.10.1997 über Schutzmaßnahmen beim Handel mit bestimmten Säugetierabfällen – Abl. Nr. 297 vom 28.10.97</li> </ul>   |
| <b>1998</b> | Spanien verbietet die Einfuhr von Rindern und Rindfleisch aus Portugal | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lockerung des Ausfuhrverbotes für Fleisch von Rindern aus Nordirland, die aus Beständen stammen, die mindestens 8 Jahre BSE-frei sind.</li> <li>- Vorlage des ersten halbjährlichen BSE-Follow-up-Berichts der Kommission an das Europäische Parlament.</li> </ul>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entsch. 98/139/EG vom 4.4.1998 über die von Sachverständigen der Kom. in den Mitgliedstaaten vor Ort durchgeführten Kontrollen im Veterinärbereich – Abl. Nr. L 38 vom 12.2.98</li> <li>- Entsch. 98/256/EG des Rates vom 16.3.98 zur Aufhebung des Ausfuhrverbots für bestimmte britische Rindererzeugnisse und bestimmte Arten von Fleisch von in Nordirland geborenen und aufgezogenen Rindern – Abl. L 113 vom 15.4.98</li> <li>- Entsch. 98/248/EG des Rates vom 31.3.1998 zur Verschiebung der Anwendbarkeit der Entsch. 97/534/ vom 30.7.97 über spezifiziertes Risikomaterial auf den 1.1.99 – Abl. Nr. L 102 vom 2.4.98</li> <li>- Entsch. 98/272/EG vom 23.4.98 über die epidemiologische Überwachung der transmissiblen spongiformen Enzephalopathien</li> <li>- Empfehlung Nr. 98/477/EG der Kom. vom 22.7.98 an die Mitgliedstaaten und Drittländer hinsichtlich der Bewertung ihres epidemiologischen BSE-Status</li> </ul> |

|         |                             |
|---------|-----------------------------|
| GB      | Großbritannien              |
| EU      | Europäische Union           |
| BGA     | Bundesgesundheitsamt        |
| CJK     | Creutzfeldt-Jakob-Krankheit |
| Entsch. | Entscheidung                |
| Kom.    | Kommission                  |

## 5.2 Information der Verbraucher und politische Konsequenzen

Die Ausbreitung der Rinderseuche in Großbritannien ist keine Naturkatastrophe, sondern hausgemacht. Der Hauptübertragungsweg ist mit großer Sicherheit infiziertes Futter gewesen. Rund zehn Jahre lang wurden die Gefahren durch BSE von den Politikern verharmlost oder verschwiegen und wichtige Erkenntnisse zurückgehalten. Die europäischen Verbraucher wurden nicht oder nur unzureichend informiert und damit einem unverantwortlichen Ansteckungsrisiko ausgesetzt.

Auch die EU-Kommission hat in den vergangenen Jahren bei der BSE-Bekämpfung Fehler begangen. Den wissenschaftlichen Ausschüssen, die mit BSE zu tun hatten, wurde unter anderem mangelnde Transparenz, fehlende Koordinierung und Nachlässigkeit bescheinigt. Der Untersuchungsausschuß warf dem früheren Präsidenten vor, sich ausschließlich um einen funktionierenden europäischen Rindfleischmarkt, aber nicht um den vorbeugenden Verbraucherschutz gekümmert zu haben. Den europäischen Regierungschefs warfen die Parlamentarier stillschweigende Unterstützung der britischen Verschleierungstaktik vor.

Die jetzige Kommission hat Reformen versprochen. Als Konsequenz aus den Fehlern wird die Kommission eine Verbraucherschutz-Abteilung einrichten, in der alle Zuständigkeiten für die Lebensmittelsicherheit und den Tierschutz zusammengeführt werden. Die wissenschaftlichen Ausschüsse, die sich mit Verbraucherschutz und Tiermedizin befassen, sollen künftig dieser Abteilung unterstehen.

Illegale Rindfleischexporte aus Großbritannien haben deutlich gemacht, daß unabhängige Kontrollen an vielen Stellen im Lebensmittelbereich verstärkt werden müssen. Nur so können betrügerische Umdeklarationen von Tieren bekämpft und Mindeststandards z.B. bei der Tierkadaververarbeitung eingehalten werden

## 5.3 Empfehlungen an Verbraucher

Wer nicht auf Rindfleisch und Rindfleischprodukte verzichten möchte, kann durch entsprechendes Verhalten das Risiko, sich mit BSE zu infizieren, minimieren. Angesichts allgemeiner Verunsicherung über den tatsächlichen Übertragungsweg des Erregers auf den Menschen und des Auftretens einzelner BSE-Fälle auch in anderen europäischen Ländern ist Vorsicht anzuraten.

- **Fleisch:**

Im Einzelhandel, in Restaurants und Kantinen auf dem Herkunftsnachweis bestehen. Herkunft Deutschland bedeutet, daß das Fleisch von Tieren stammt, die in Deutschland geboren und aufgezogen worden sind. Zusätzliche Sicherheit bietet Fleisch von Tieren aus der eigenen Region. Entweder ist das Fleischstück mit einem Herkunftsetikett gekennzeichnet, wie z.B. bei Markenfleischprogrammen, oder der Landwirt, der den Betrieb beliefert, ist zu erfragen (Anschrift, Telefon). Eine weitere Möglichkeit besteht im Fleischeinkauf direkt beim Landwirt. Bei Fleischerzeugnissen auf die Zutatenliste achten. Produkte mit Innereien, wie z.B. Hirn, Milz, Gedärme, meiden.

- **Schaffleisch:**

Nach den vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen besteht keine Gefahr der Übertragbarkeit des Scrapie-Erregers auf den Menschen.

- **Gelatine, Brühwürfel:**

Diese Produkte sind durch ihre Herstellungsweise (Laugenbehandlung, Erhitzung) weitgehend ungefährlich. In Deutschland wird Gelatine vorrangig aus Schweineschwarten hergestellt. Alternative: Würzen auf Hefe- und Pflanzenbasis.

- **Kosmetika:**

Die meisten Unternehmen sind bereits auf pflanzliche Ersatzstoffe umgestiegen. Die wenigen Kosmetika, die noch Rindersubstanzen enthalten, sind hitze- oder laugenbehandelt. Diese Herstellungsverfahren überstehen mögliche Krankheitserreger nicht. Kritische Fachleute empfehlen, auf collagenhaltige Kosmetika zu verzichten.

- **Arzneimittel:**

Vorsicht ist geboten bei Mitteln, die Thymusextrakt oder Milzpräparate enthalten, sowie bei Frischzellen, die direkt unter die Haut gespritzt werden.

- **Babykost:**

Die im Diätverband zusammengeschlossenen deutschen Markenhersteller von Babykost haben sich gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium verpflichtet, nur Kalb- und Rindfleisch zu verwenden, das nicht BSE-gefährdet ist und nur Muskelfleisch zu verarbeiten.

- Generell ist zu empfehlen, den Fleischkonsum zu reduzieren und vorrangig Fleisch aus ökologischer Produktion zu kaufen.



Quellen: AID, Verbraucher Initiative

## 6. Fleischskandale und Konsequenzen

Die Massentierhaltung, der damit einhergehende Einsatz von Hormonen und Wachstumsförderern, die Verfütterung von Tiermehl, Betrügereien bei Fleischexporten und nicht zuletzt die Nachwirkungen auf den BSE-Skandal verunsichern die Verbraucher.

### ▪ Fleischverzehr

Die Fleischskandale haben deutliche Auswirkungen auf die Konsumgewohnheiten der Verbraucher. Immer mehr Verbraucher reagieren mit Kaufzurückhaltung oder ändern ihre Verzehrsgewohnheiten, indem sie z.B. von Rind- auf Schweine- und Geflügelfleisch umsteigen. Diesen Trend bestätigen auch die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage zum Thema Fleisch, bei der 1700 Verbraucher befragt wurden<sup>1</sup>: Danach waren drei Viertel der Befragten bereit, für bessere Fleischqualität einen höheren Preis zu zahlen; rund ein Drittel verzehrten weniger Rindfleisch, 21% weniger Schweinefleisch und 16% haben den Wurstverzehr eingeschränkt.

Der rückläufige Fleischverzehr geht zu Lasten des Fleischereigewerbes. 1997 wurden je Einwohner 60 kg verzehrt, im Vorjahr waren es noch 1,3 kg mehr. Zunehmend fragen Verbraucher beim Kauf nach der Herkunft des Fleisches, achten auf Gütesiegel und orientieren sich an Qualitäts- und Markenfleischprogrammen. Inzwischen haben auch Fleischwarenhersteller und –anbieter die Notwendigkeit erkannt, über die Qualität und Herkunft ihrer Produkte zu informieren.

### ▪ Hormone bei der Tiermast

Bereits 1988 erhob die EG ein Anwendungsverbot für den Einsatz natürlicher Hormone bei der Tiermast. Dieses Verbot umfaßt auch den Import von Fleisch, das in anderen Staaten rechtmäßig mit Hilfe wachstumsfördernder Hormone produziert wurde.

Die USA versuchen seit Jahren das europäische Importverbot zu brechen und verlangen die Öffnung des Binnenmarktes für Rindfleisch von Tieren, die legal mit Hormonen gemästet wurden. Bisher ist dieser Handelskonflikt noch nicht endgültig entschieden.

Trotz des gemeinschaftsweit bestehenden Hormonverbotes werden weiterhin Wachstumsförderer, Leistungssteigerer und Antibiotika in der Tiermast eingesetzt, was durch Rückstandskontrollen nachgewiesen werden konnte. Antibiotika sind in der EU gängige Praxis. Diese Substanzen im Tierfutter tragen dazu bei, daß beim Menschen immer mehr Antibiotika gegen Bakterien versagen. Tierschutz-, Umwelt- und Verbraucherverbände fordern deshalb ein Verbot von Antibiotika in der Tiermast.

---

<sup>1</sup> Quelle: Pressemitteilung A.C. Nielsen GmbH, aus Knackpunkt 11/94

- **Herkunftssicherung: Etikettierung von Rindfleisch**

Um die Herkunft von Rindfleisch vom Erzeuger bis zum Verbraucher lückenlos belegen zu können, wurden umfangreiche Etikettierungssysteme geschaffen. Ohrmarken, Tierpass und eine zentrale Datenbank sollen gewährleisten, dass jedes Tier einwandfrei identifiziert werden kann. Die obligatorische Rindfleischetikettierung sollte ab 1.1.2000 in Kraft treten, ist aber vorläufig ausgesetzt worden. Bis 2001 bleibt es bei der geltenden freiwilligen Etikettierung. Ein Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission sieht erst ab 2003 die Herkunftsangabe vor. Dabei plant die Kommission, die eindeutigen Angaben aufzuweichen. Es soll nur „Herkunft EG“ heißen, unabhängig davon, ob das Tier in ein und demselben Land geboren, gemästet und geschlachtet wurde, oder ob das in zwei oder mehr verschiedenen Mitgliedstaaten geschah. Damit wäre der Sinn der Herkunftsbezeichnung ad absurdum geführt.<sup>1</sup>

## 6.1 Politische Forderungen zum Schutz der Verbraucher

- **Gesundheitsschutz ist vor wirtschaftliche Interessen zu stellen**

Beibehaltung des strikten Einfuhrverbotes, bis mit eindeutiger Sicherheit eine Gefährdung von Mensch und Tier ausgeschlossen werden kann.

- **Herkunftsbezeichnung ist europaweit durchzusetzen**

Fleisch und Fleischwaren müssen mit dem Herkunftsland gekennzeichnet werden. Geburts- und Maststätten der Tiere müssen eindeutig nachvollziehbar sein, z.B. durch einen „EU-Tierpaß“.

- **Tiermehl-Verfütterung verbieten**

Die Verfütterung von Tiermehlen aus Tierkadavern muß für Nutztiere generell verboten werden.

- **Produkthaftung auf landwirtschaftliche Produkte ausweiten**

Wer für gesundheitsgefährdende Produktionsverfahren verantwortlich ist, muß auch dafür haften.

- **Futtermittel-Kennzeichnung vorschreiben**

Alle Inhaltsstoffe von Futtermitteln sind vollständig zu deklarieren. Auch die Herkunft der Rohstoffe ist lückenlos anzugeben.

- **Artgerechte und ökologische Tierhaltung fördern**

Die artgerechte und ökologische Tierhaltung muß stärker unterstützt werden. Eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik ist überfällig, damit eine flächenungebunden betriebene Massentierhaltung keine Zukunft mehr hat.

- **Verstärkte Kontrollen veranlassen**

---

<sup>1</sup> Quelle: Rapid-Pressemitteilung IP/99/737 vom 12.10.99

Eine Verstärkung der finanziellen Mittel ist notwendig zur Überprüfung der Einhaltung des Exportverbotes von Rinderbestandteilen aus Großbritannien durch die Lebensmittel-Überwachungsbehörden. Schaffung einer Sonderkommission zum Aufdecken krimineller Methoden (z.B. bei Fälschung der Herkunftsangabe). Tierkörperbeseitigungsanstalten müssen regelmäßig auf die Einhaltung der Verarbeitungsvorschriften kontrolliert werden.

- **Änderung der Kosmetikrichtlinie**

Gehirn, Rückenmark und Augen müssen in die Verbotsliste der Kosmetik-Richtlinie aufgenommen werden.

- **Änderung der Lebensmittel-Zusatzstoff-Richtlinie**

Gelatine muß als Lebensmittel-Zusatzstoff mit den entsprechenden Reinheitsanforderungen in die EU-Zusatzstoff-Richtlinie aufgenommen werden.

- **Änderung der Lebensmittel-Leitsätze**

Milz und Hirn müssen generell als Zutat in Würsten aus den Leitsätzen für Fleisch- und Wursterzeugnisse gestrichen werden.

- **Meldepflicht**

Erforderlich ist eine umfassende Meldepflicht für Scrapie bzw. BSE bei Schafen, bei Rindern und CJK beim Menschen.

- **Forschung**

Ursachen, Übertragungswege und Bekämpfungsmöglichkeiten von BSE müssen verstärkt erforscht werden. Hierzu müssen erheblich mehr Forschungsgelder bereitgestellt werden.

## 7. Dioxine in Lebensmitteln

**Dioxine** entstehen als Nebenprodukte bei Verbrennungsprozessen sowie bei der Metallgewinnung und –verarbeitung. Es handelt sich um eine Gruppe von 210 Stoffen mit unterschiedlicher Giftigkeit und unterschiedlichem krebsfördernden Potential. Dioxine sind praktisch überall in der Umwelt vorhanden. Menschen und Tiere nehmen Spuren davon vor allem über die Nahrung auf. Als „tolerierbare tägliche Aufnahme“ hat die Weltgesundheitsorganisation 1 bis 4 Pikogramm TE pro Kilogramm Körpergewicht und Tag festgelegt. Ein erwachsener Mensch nimmt in Deutschland täglich etwa 0,5 Pikogramm auf.

**PCB** = Polychlorierte Biphenyle sind ein krebserzeugendes Umweltgift.

### Chronologie des Dioxinskandals 1999

|      |                                      |
|------|--------------------------------------|
| 1999 | Information, Maßnahmen, Konsequenzen |
|------|--------------------------------------|

|               |   |
|---------------|---|
| <b>Januar</b> | <p>Mitte Januar gelangte eine Lieferung mit bis zu 80 Tonnen verunreinigten Recyclingfetts aus einer belgischen Fettschmelze zu Futtermittelherstellern. Dieses Fett enthielt insgesamt 1 g an Dioxinen und 50 kg an PCBs. Bis zu 3000 Hühnerfarmen erhielten das verunreinigte Futter.</p> <p>Im Februar erkrankten die ersten Tiere. In Hühnerprodukten überstieg der PCB-Gehalt das 250fache des Erlaubten. Die Belastung bei Schweinen war geringer.</p>  |
| <b>Mai</b>    | <p>Der Dioxinskandal wurde öffentlich bekannt. Er ging von Belgien aus und hatte Auswirkungen auf die Verbraucher in der Bundesrepublik und den Nachbarländern. Verursacher waren zwölf belgische sowie je ein französischer und niederländischer Mischfutterhersteller, die mit Dioxinen verunreinigtes Fett verarbeitet haben.</p>  |
| <b>28.5.</b>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das BML wird durch eine belgische Pressemitteilung und durch das Europäische Schnellwarnsystem über die aufgefundenen Geflügelerzeugnisse mit sehr hohen Dioxinwerten informiert.</li> <li>▪ Das belgische LWM teilt auf Anfrage mit, daß keine Futtermittel nach Deutschland gelangt seien.</li> </ul>  |
|               | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Belgien wird von der EU-Kommission verpflichtet, die Vermarktung aller Geflügelerzeugnisse und daraus hergestellter Lebens- und Futtermittel, die zwischen dem 15.1. – 1.6. hergestellt wurden, zu verbieten. Das Verbot schließt Futtermittel, -fette und Proteine aus Geflügel ein. Die belgische Regierung wird zu umfassenden Kontrollen und Information verpflichtet.</li> <li>▪ Nach diesem Konzept wird davon ausgegangen, daß von der belasteten Fettcharge keine Futtermittel mehr auf dem Markt sind.</li> </ul> |
| <b>31.5.</b>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Auf erneute Nachfrage informiert Belgien das BML, daß möglicherweise belastete Futtermittel an zwei Betriebe nach NRW geliefert wurden. Die zuständigen Behörden in NRW wurden informiert und leiteten alle erforderlichen Maßnahmen ein.</li> <li>▪ Beide Betriebe lieferten ihr Schlachtgeflügel ausschließlich an belgische und niederländische Schlachtbetriebe.</li> <li>▪ Aus Pressemitteilungen wird bekannt, daß belgische Behörden Untersuchungen von Schweinefleisch veranlaßten.</li> </ul>                     |
| <b>Juni</b>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Aus Unterlagen belgischer Behörden geht hervor, daß bereits <b>im April 99</b> erhöhte Dioxingehalte in Futtermitteln und im Geflügelfett gefunden wurden.</li> <li>▪ Das BML kritisiert die Informationspolitik der belgischen Behörden. Nach Bekanntwerden der Schadstoffbelastungen im <b>März 99</b> hätten die Kommission und die Mitgliedstaaten sofort informiert werden müssen.</li> <li>▪ Erste Hinweise auf Schadstoffe wurden bereits Mitte <b>Februar/März</b> festgestellt.</li> </ul>                        |
| <b>Juni</b>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ In Österreich ist ebenfalls mit Dioxin belastetes Futter aufgetaucht. Nach Auskunft von Toxikologen liege keine Gesundheitsgefährdung bei Lebensmitteln vor, die mit diesen Futtermitteln produziert wurden</li> </ul>   |

Der Ablauf des belgischen Dioxin-Skandals zeigt eine Reihe von Mängeln auf, bei der Information, bei der Administration, bei den Kontrollbehörden usw.

- Die belgischen Behörden haben nur zögernd Informationen weitergegeben.
- Die EU-Kommission ist nicht ausreichend und nicht rechtzeitig über das Ausmaß der verunreinigten Lebensmittel informiert worden.

- Die erlassenen Handelsverbote waren präventiv, also zum Nachteil der Landwirte, die kein verunreinigtes Tierfutter verwendet haben.

Dringlich erscheint es deshalb – nicht nur zum Schutz der Verbraucher – bestehende Institutionen und Systeme darauf zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß sind und den Anforderungen der gewachsenen EU standhalten. So erscheint es wenig effektiv, wenn auf dem Agrarsektor in den Mitgliedstaaten 15 verschiedene Kontrollsysteme nebeneinander und zu wenig miteinander arbeiten. Durch eine EU-Lebensmittelzulassungs- und Kontrollbehörde könnte eine effizientere Überwachung geschaffen werden.

## 8. Gesamtbetrachtung und Schlußfolgerungen

Die dokumentierten Lebensmittelskandale weisen eine Reihe gleichartiger Strukturen auf. Bei den häufigsten Fällen wurde von Anbieterseite versucht, die Verbraucher – meist arglistig – zu täuschen, um selbst Profit daraus zu ziehen. Das trifft auf die kleinen „Fische“ zu, die z.B. versucht haben überalterte Waren neu zu deklarieren, oder holländische Hähnchen gewinnträchtig als deutsches Geflügel auszugeben. Viel häufiger und in größerem Umfang wurden die betrügerischen Machenschaften etwa in der Fleischindustrie grenzübergreifend durchgeführt.

Daß sich Betrug und Korruption in großem Stile lohnen, hat der Dioxin-Skandal deutlich gezeigt. Er warf aber auch ein schlechtes Licht auf einige Behörden, nicht allein auf die belgischen. So wurde durch Verzögerungstaktik und mangelnde Information versucht, skandalträchtiges möglichst lange unter der Decke zu halten.

Möglicherweise hat der Dioxin-Skandal auch einen positiven Aspekt. Durch ihn wurden die Folgen der heute üblichen exzessiven Wiederverwertung offensichtlich. Abfälle werden zu Wertstoffen. Nutztiere werden mit Tiermehl gefüttert, hergestellt aus den „Resten“ ihrer Artgenossen. Welcher Verbraucher kann in Ruhe sein Frühstücksei genießen, wenn ihm bewußt wird, daß Altfolge oder Öle aus industrieller Verwendung mit Tierfutter verpanscht werden.

### Forderungen und Konsequenzen aus den Lebensmittelskandalen

- Die **Lebensmittelsicherheit** in der Europäischen Union muß gestärkt werden.
- Die **Information der Öffentlichkeit** muß schnell und umfassend erfolgen.

In dem geplanten EU-Weißbuch zur Lebensmittelsicherheit sehen die Verbraucherverbände hierzu den richtigen Ansatz. Die neue Gesamtkonzeption der Gesetzgebung zur Lebensmittelsicherheit sieht die Einrichtung einer unabhängigen Lebensmittelbehörde vor. Einbezogen wird die gesamte

Nahrungskette, von Futtermitteln bis zum fertigen Produkt. Es wird jedoch notwendig sein darauf zu achten, daß die jetzt geltenden Grundsätze – hoher Sicherheitsstandard und Transparenz nicht verwässert werden.

Die neue europäische Behörde soll Risiken im Lebensmittelbereich erforschen, analysieren und bewerten. Auf dieser Grundlage soll die EU-Kommission Empfehlungen geben und ein europäisches Schnellwarnsystem betreiben.

Damit das neue Amt effektiv arbeiten kann, ist eine enge Verzahnung zwischen der europäischen Behörde, den nationalen Institutionen und der nationalen Lebensmittelkontrolle notwendig. Die Voraussetzungen hierzu müssen in den Mitgliedstaaten geschaffen werden. Um künftige Skandale zu verhindern, muß die regionale Lebensmittelüberwachung personell und finanziell ausreichend ausgestattet werden.

## 9. Literatur- und Quellenverzeichnis

Ausgewertet wurden u. a. folgende Pressedienste, Zeitschriften, Tageszeitungen, Magazine und andere Publikationen aus dem Zeitraum von 1988 – 1999.

- **Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände** e.V. Pressemitteilung, Hrsg. AgV, Bonn
- **aid –Verbraucherdienst**, Hrsg. Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e.V., Bonn
- **bgvv Pressedienst**, Hrsg. Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, Berlin
- **BLL**, Hrsg. Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V., Bonn
- **Bpi-pressemitteilung**, Hrsg. Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Frankfurt/Main
- **Bundesministerium für Gesundheit**, Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit, Pressereferat, Bonn
- **Bundesrat Pressemitteilung**, Hrsg. Pressestelle des Bundesrates, Bonn
- **Bundesrat**, Auszüge aus Sitzungsprotokollen
- **BMELF-Informationen**, Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn
- **Bündnis 90 /Die Grünen, Pressedienst**, Hrsg. Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen, Bonn
- **CMA**, Hrsg. Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft, Bonn
- **Deutscher Bundestag**, Auszüge aus Sitzungsprotokollen
- **DGE**, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., Frankfurt/M.
- **Europäische Notizen aus Großbritannien**, Hrsg. Britische Botschaft Bonn, Presseabteilung
- **Europäische Kommission, Generaldirektion XXIV**, Verbraucherpolitik, Hrsg., Brüssel
- **Greenpeace Magazin**; Hrsg. Greenpeace Umweltschutzverlag GmbH, Hamburg

- **Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit**, Hrsg. HMJFG, Pressereferat, Wiesbaden
- **KnackPunkt**, Aktuelles für Multiplikatoren im Bereich Ernährung; Hrsg.: Verbraucher-Zentrale NRW e.V., Düsseldorf
- **Pressestellen der Verbraucherzentralen** (Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Thüringen, u.a.), Hrsg.
- **SPD PRESSE**, Hrsg. Dr. P. Struck, MdB, SPD-AG Verbraucherpolitik
- **Verbraucherpolitische Korrespondenz**, Hrsg. AgV, Bonn
- **V.T., Verbraucher Telegramm**, Hrsg. Verbraucher Initiative e.V., Bonn
- **Westdeutscher Rundfunk Köln, Pressestelle**, Hrsg.

## **Anhang: BSE – Aktuelle Entwicklung**

### **Aufhebung des deutschen Importverbots für britisches Rindfleisch**

Nach einem Beschluß des Bundesrates vom 17.3.2000 kann britisches Rindfleisch unter bestimmten Bedingungen wieder in Deutschland verkauft werden. Er stimmte der „Vierten Verordnung zur Änderung von Vorschriften zum Schutz der Verbraucher vor der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie“ (BSE) nach Maßgabe von Änderungen zu. Die Änderungen betreffen insbesondere die Frage der besonderen Kennzeichnung britisches Rindfleisches.

Zum Schutz der Verbraucher soll eine nationale Kennzeichnungspflicht eingeführt werden. Dazu soll es einen sechseckigen Aufdruck „XEL“ für britisches Rindfleisch geben.

Die zukünftige Rechtslage sieht folgendes vor:

- Werden aus zugelassenen britischen Fleischereibetrieben Endverbraucherpackungen mit frischem britisches Rindfleisch oder mit hieraus oder unter dessen Verwendung zubereiteten Fleischerzeugnissen oder –zubereitungen direkt oder über andere Mitgliedstaaten oder Drittländer nach Deutschland verbracht, so ist die britische Originalkennzeichnung mit „XEL-Nummer“ beim Inverkehrbringen bis zur Abgabe an den Endverbraucher beizubehalten.
- Frisches britisches Rindfleisch oder aus oder unter Verwendung britisches Rindfleisches zubereitete Fleischerzeugnisse oder –zubereitungen, die aufgrund der Zubereitung oder Behandlung nicht mehr die britische Originalkennzeichnung tragen, dürfen nur nach Deutschland verbracht werden, wenn sie mit einem Kennzeichen versehen sind, das nicht mit dem Genusstauglichkeitskennzeichen verwechselt werden kann und den Importeur in die Lage versetzt, das Fleisch vor dem weiteren Inverkehrbringen mit der Angabe „Britisches XEL-Rindfleisch“ zu versehen.
- Von dem ersten dargestellten Fall abgesehen, müssen frisches britisches Rindfleisch oder hieraus hergestellte Fleischerzeugnisse oder –zubereitungen auf jeder Stufe des Inverkehrbringens bis zur Abgabe an den Endverbraucher mit der Angabe „Britisches XEL-Rindfleisch“ gekennzeichnet werden, sobald die britische Originalkennzeichnung mit „XEL-Nummer“ aufgrund der weiteren Behandlung oder Zubereitung verlorengeht.
- Bei loser Abgabe ist die Angabe „Britisches XEL-Rindfleisch“ z.B. auf dem Preisschild anzubringen, soweit sie nicht auf dem Lebensmittel erfolgen kann.

- In Gaststätten oder Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung muss die Angabe „Britisches XEL-Rindfleisch“ z.B. auf der Speisekarte erfolgen.